



Die neu gewählte Leiterin der autonomen Region Gagausien, Evghenia Gutul, an der Amtseinführung in Comrat. DUMITRU DORU / EPA

Der Kreml findet in der Moldau willige Helfer

Eine Gouverneurin will den proeuropäischen Kurs der Landesregierung sabotieren

ULRICH M. SCHMID, COMRAT

Wer die Überlagerung von Kulturen studieren will, muss in den Süden der Moldau reisen, in die autonome Region Gagausien. Die Gagausen sind ein christlich-orthodoxes Turkvolk, das gegenüber dem moldauischen Zentralstaat auf seine Minderheitsrechte pocht. Bereits im Minibus von der Hauptstadt Chisinau in das autonome Gebiet sprechen die Babuschki Gagausisch, eine Varietät des Türkischen, wechseln aber mitten im Satz ins Russische.

In Comrat, dem gagausischen Hauptort, ist der moldauische Staat bestenfalls auf den Nummernschildern der Autos präsent. Sonst erinnert der staubige Ort mit seiner Zwiebelturmkirche an ein russisches Provinzstädtchen. Die Verwaltungsgebäude sind pro forma auf Gagausisch angeschrieben, die regionalen Angelegenheiten werden aber auf Russisch erledigt. Neben der erdrückenden Präsenz Russlands versucht auch die Türkei ihre neosmanische Politik auf Gagausien auszudehnen. Sie finanziert eine Gemeindebibliothek und eine Schule. Präsident Erdogan besuchte Comrat 2018 sogar persönlich. Allerdings hat die Türkei einen schweren Stand gegen die russischen Initiativen.

Gas und Fernsehen

Die Verbundenheit der Gagausen mit Russland hat viele Gründe. Wenn gagausische Gymnasiasten wegen ungenügender Leistungen in der moldauischen Staatssprache (seit vergangenem Jahr heisst sie offiziell Rumänisch) kei-

nen gültigen Abschluss erreichen, können sie in Russland studieren und arbeiten. Während die Moldau unter der proeuropäischen Präsidentin Maia Sandu teures rumänisches Gas importiert, gibt es in Comrat eine eigene russisch-gagausische Gasgesellschaft. Zudem schauen die Gagausen eifrig das russische Staatsfernsehen, das ohne Hindernisse empfangen werden kann.

Vor einem Jahr wurde in Gagausien eine neue Gouverneurin (Baschkan) gewählt, Evghenia Gutul. Zuvor kannte niemand die 37-Jährige, die der zwielichtigen Politiker und Unternehmer Ilan Sor aus dem Hut gezaubert hatte. Sor war 2019 wegen des moldauischen Bankenskandals zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt worden, setzte sich aber nach Israel ab. Seine Partei wurde vom moldauischen Verfassungsgericht verboten, aber die Strukturen sind immer noch vorhanden.

Der Kreml verbirgt seine Einflussnahme in der Moldau nicht; Sor und seine Marionette Gutul schmieden ihre Pläne ganz offen in Russland. Im April präsentierten die beiden in Moskau den neugegründeten moldauischen Oppositionsblock «Sieg», der sich gegen die EU-Mitgliedschaft und für einen Beitritt zur russisch dominierten Eurasischen Wirtschaftsunion einsetzt. Separat hatte Gutul bereits im März dem russischen Präsidenten Putin ihre Aufwartung gemacht. Sie veröffentlichte danach ein Doppelporträt mit ihm und kündigte an, dass das russische Bezahlkartensystem «Mir» in Gagausien eingeführt werde. Allerdings wurde sie sofort von der moldauischen Nationalbank zurückgepfiffen, die daran erinnerte, dass sie als Baschkan nicht über die Kompetenz zur Einführung ausländischer Zahlungssysteme verfüge.

Mit ihrer fieberhaften Tätigkeit wollen Sor und Gutul die Pläne ihrer Gegnerin, Präsidentin Maia Sandu, durchkreuzen. Diese hat für den 20. Oktober ein Referendum über den EU-Beitritt des Landes angekündigt. Am selben Tag findet die Präsidentschaftswahl statt, bei der Sandu eine weitere Amtszeit gewinnen will. Das Vorgehen der Präsidentin ist riskant. Sie setzt mit der Kombination von Wahl und Abstimmung alles auf eine Karte. Zweifelloso beobachten auch die Politstrategen im Kreml die Entwicklung aufmerksam. Sie wissen genau, dass sich nun ein Zeitfenster öffnet, in dem sie die Westorientierung der Moldau sabotieren können.

Ilan Sor schießt bereits seit geraumer Zeit aus allen Rohren gegen Maia Sandu. Sonst sind seine politischen

Instrumente eher primitiv. Er setzt auf die traditionelle Kombination von «Brot und Spielen». Er bezahlt seinen Anhängern «Unterstützungsbeiträge» und sichert sich so ihre Stimmen. Von 2015 bis 2019 war er Bürgermeister der Kleinstadt Orhei und baute dort den Vergnügungspark Orheiland. Der Eintritt ist kostenlos. Nach diesem Vorbild entsteht nun auch südlich von Comrat das Gagauziyaland, das am 1. Juni seine Tore öffnen soll. Evghenia Gutul preist das Projekt nicht nur als touristische Attraktion, sondern auch als wirtschaftlichen Faktor für die autonome Region.

Wenig Rückhalt für Sandu

Mittlerweile herrscht offener Krieg zwischen Sandu und Gutul. Bis heute hat die Präsidentin der Gouverneurin den ihr verfassungsmässig zustehenden Einsitz in die moldauische Regierung verweigert. Sandu begründet ihre Weigerung mit dem Argument, Gutul gehöre einer kriminellen Organisation an. Umgekehrt ist Sandu in Gagausien unpopulär. Zwei Besuche im März und April endeten in Protesten, die von Sor-Anhängern organisiert wurden. Bereits vor Gutuls Amtsübernahme waren die Beziehungen zwischen Comrat und Chisinau frostig. Entsprechend gering war die gagausische Unterstützung für Sandu bei der Präsidentschaftswahl von 2020 – sie bewegte sich im einstelligen Bereich.

Die Geschichte der russischen Einflussnahme in der Moldau ist lang. Die Abspaltung der prorussischen Region Transnistrien im Jahr 1992 war nur durch die Parteinarbeit Moskaus möglich. Der moldauische Präsident Wladimir Woronin, ein sowjetisches Urgestein, verhandelte im Jahr 2003 mit dem Kreml über eine Lösung für Transnistrien. Moskau schlug eine Föderalisierung des moldauischen Staats vor. Allerdings scheiterte das Projekt, weil Putin in letzter Minute eine Bestimmung in das Abkommen aufnehmen wollte, das die Errichtung einer russischen Militärbasis für zwanzig Jahre in der neutralen Moldau vorsah.

Anschließend verschlechterten sich die Beziehungen zwischen Chisinau und Moskau für mehrere Jahre. Erst 2017 kam es wieder zu einem Gipfeltreffen. Allerdings führte der damalige prorussische Präsident Igor Dodon seine Geschäfte so chaotisch, dass er sich selbst diskreditierte und die Wiederwahl verpasste. Maia Sandu hat den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine klar verurteilt und wiederholt vor einem russischen Putschversuch in der Moldau gewarnt.

Gagausien



Die dunkel eingefärbten Gebiete zeigen Gagausien im Süden und Transnistrien im Osten.

NZZ / A. R.

Kataloniens Separatisten verlieren wohl Mehrheit

Sozialisten gewinnen die Wahl in der Mittelmeerregion

JULIA MONN

Erstmals seit über zehn Jahren könnten die Unabhängigkeitsbefürworter in Katalonien die absolute Mehrheit im Regionalparlament verlieren. Nach den ersten vom staatlichen Fernsehsender RTVE am Sonntagabend veröffentlichten Zahlen werden die Separatisten von der liberal-konservativen Partei Junts des im Exil lebenden Ex-Regionalpräsidenten Carles Puigdemont angeführt. Laut RTVE kommt Junts auf 32 Sitze, vor der ebenfalls separatistischen ERC des bisherigen Regionalpräsidenten Pere Aragonès mit 20 Sitzen. Selbst zusammen mit der linken Partei CUP und der als rechtsextrem geltenden Aliança Catalana könnten die Unabhängigkeitsbefürworter die absolute Mehrheit von 68 Sitzen im katalanischen Parlament aber verpassen.

Andere Themen wichtig

Zur wählerstärksten Partei avancierten die Sozialisten um ihren Spitzenkandidaten Salvador Illa mit 43 Sitzen. Dieser betonte im Wahlkampf stets, dass er den Unabhängigkeitsprozess hinter sich lassen und Katalonien in eine neue Ära führen wolle. Das von den Sozialisten vorangetriebene Amnestiegesetz, das den Organisatoren des verfassungswidrigen Referendums für die Unabhängigkeit Kataloniens vom 1. Oktober 2017 Straffreiheit zusichert, mache den Weg dafür frei.

Im Wahlkampf setzte Illa deshalb auch auf Themen jenseits der Abspaltung Kataloniens von Spanien. So konzentrierte er sich beispielsweise auf den Massentourismus in der Mittelmeerregion, die Wohnungsnot in den Städten und vor allem die Folgen des Klimawandels für Katalonien. Die Region leidet unter Dürre, so dass wiederholt drastische Massnahmen zur Rationierung von Wasser ergriffen werden müssen. Auch Probleme mit illegalen Hausbesetzungen, Migration und Kriminalität wurden im Wahlkampf breit diskutiert.

Nicht nur die Sozialisten, sondern auch andere Parteien reagierten damit darauf, dass immer mehr Katalanen der Debatte um die Unabhängigkeit ihrer Region von Spanien überdrüssig sind. Regelmässige Befragungen der katalanischen Bevölkerung zeigen, dass die Zahl der Befürworter eines unabhän-

gigen Kataloniens seit Anfang 2019 zurückgeht. Jüngst lehnten rund 51 Prozent der Befragten die Unabhängigkeit ab.

In den Händen Puigdemonts

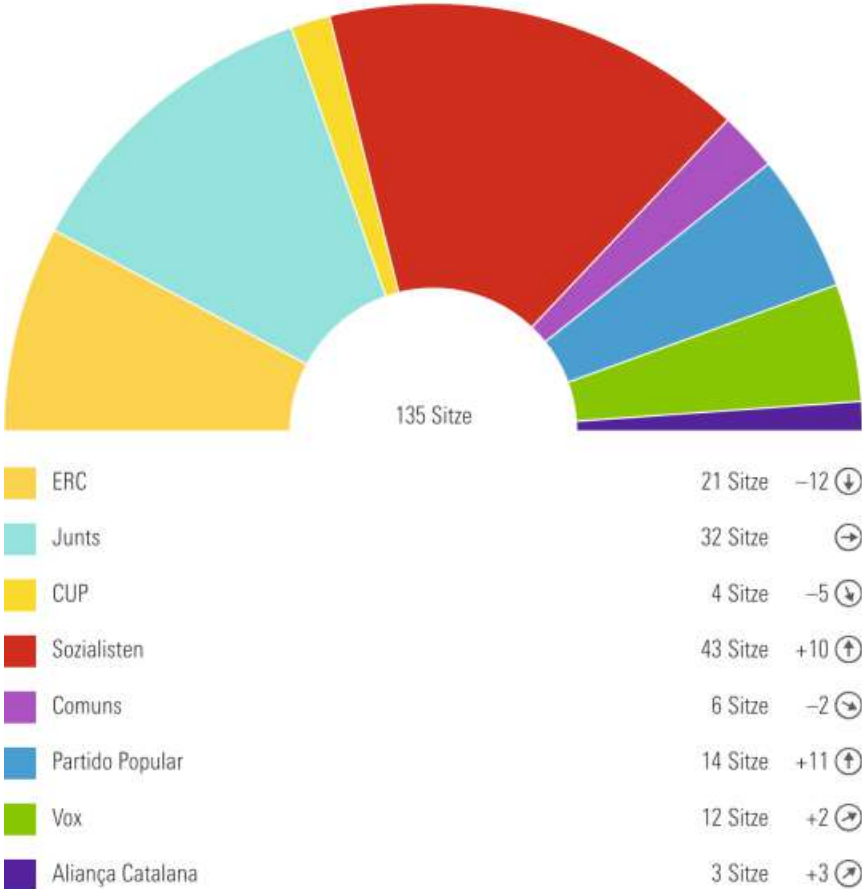
Die Strategie der Sozialisten, mit der Amnestie für die Separatisten den Katalonien-Konflikt zu entspannen, auf andere Themen zu setzen und den Unabhängigkeitsbefürwortern so den Wind aus den Segeln zu nehmen, ging nur teilweise auf. Zwar legten die Sozialisten zu, und der Stimmenanteil der Separatisten sank, doch das Amnestiegesetz hat dem wohl prominentesten Exilpolitiker Spaniens zu einem Comeback verholfen. Carles Puigdemont wurde mit seiner Partei Junts per Catalunya bei der Wahl am Sonntag zur zweitstärksten Kraft hinter den Sozialisten.

Der 61-Jährige leitete den Wahlkampf seiner Partei aus Südfrankreich. Noch immer gibt es in Spanien einen Haftbefehl gegen ihn. Erst wenn das Amnestiegesetz voraussichtlich Anfang Juni in Kraft tritt, kann Puigdemont nach Spanien einreisen, ohne verhaftet zu werden. Der Exilpolitiker hatte vor der Wahl angekündigt, er wolle als Regierungschef nach Katalonien zurückkehren. Junts, ebenso wie die Linksunrepublikaner von der ERC, hatte eine Koalition mit den Sozialisten um Salvador Illa ausgeschlossen. Zudem hat der Spitzenkandidat von Junts, Carles Puigdemont, damit gedroht, der Minderheitsregierung des Sozialisten Pedro Sánchez in Madrid die Unterstützung zu entziehen, falls in Barcelona eine Regionalregierung gebildet wird, die er nicht akzeptieren kann.

Im Verlauf der Wahlnacht zeichnete sich jedoch ab, dass das Lager der Unabhängigkeitsbefürworter um Junts und die ERC die absolute Mehrheit im Parlament verpassen würde. Auch unter den verbleibenden Parteien zeichnete sich keine realistische Koalitionsmöglichkeit ab, die zu einer stabilen Regierungsmehrheit führen könnte. Einzig ein Bündnis zwischen den Sozialisten um Salvador Illa und Carles Puigdemonts Junts-Partei würde eine Mehrheit im katalanischen Parlament klar erreichen. Der Exilpolitiker hat damit einmal mehr den Schlüssel zu einer Regierungsbildung in Spanien in der Hand. Kommt sie nicht zustande, drohen Neuwahlen.

Die Separatisten verpassen wohl die absolute Mehrheit von 68 Sitzen

Anzahl Sitze der verschiedenen Parteien im katalanischen Regionalparlament gemäss ersten Prognosen



Absolute Mehrheit: 68 Sitze. Stand: 21.15 Uhr

QUELLE: RTVE

NZZ / jum.